

„Arbeit muss erlaubt und gewollt sein“

„Wenige nur, ganz wenige, die bei soviel Finitis dieser Tugend des Einschränkens, Beschränkens fluchen, die den Mut haben zu bekennen, dass ein Gemeinwesen nicht wie ein Familienvater rechnen darf, der spart, wenn seine Einnahmen zurückgehen, dass der Reichtum des Staates, wie auch immer er beschaffen ist, im Arbeitspotenzial besteht und in der jeweils gegenwärtigen Arbeitskraft. Das Verzichten auf diese zweite Energie bedeutet freiwillige Armut. Freiwilliger, nicht aufgezwungener Kummer.“ Dieses Zitat stammt von Hans Henny Jahnn aus dem Jahr 1932.

Sie werden sich sicherlich wundern, dass ein selbstständiger Unternehmer mit solch einem über 70 Jahre alten literarischen Zitat diese Kolumne eröffnet. Aber es wurzelt in einer tiefen Betroffenheit über das Wirken und Walten unserer Bürokratie, unseres Staates. Wir müssen seit Jahrzehnten erleben, dass mit der nicht endenden wollenden Reglementierungswut des Staates immer weitere unproduktive Stellen im öffentlichen Haushalt entstehen, die weitere Arbeitsmöglichkeiten in der freien Wirtschaft be- oder verhindern. Um unseren aufgeblähten Staat weiter finanzieren zu können, wird die

einfache und produktive Arbeit durch Abgaben für unproduktive (Verwaltungs-) Tätigkeiten und Versorgungskosten unbezahlbar. Alle Parteien reden seit Jahren von der Senkung der Lohnnebenkosten, doch nichts ist passiert und auch nicht in Aussicht.

Eine einfache Steuergesetzgebung, die für Transparenz und auch soziale Gerechtigkeit sorgt, bleibt ein frommer Wunsch, da mit jeder Neuerung das System komplizierter und undurchschaubarer wird. Die daraus folgende Parteiverdrossenheit ist somit nachvollziehbar.

Jetzt in Zeiten der – wenn auch ungeliebten – großen Koalition wären grundsätzliche Weichenstellungen möglich. Wir haben zu viele Bundesländer mit eigenen und teuren Verwaltungen. Eine Reduzierung wurde in der Vergangenheit immer nur von der Opposition gefordert, wohl wissend, dass sie nicht mehrheitsfähig ist. Nun endlich sollte die notwendige Reduzierung durchgesetzt werden, um dadurch frei werdende Mittel für eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik einzusetzen, und durch steuerliche Erleichterungen Arbeit wieder möglich zu machen.

Martin G. Neumann,
www.mittelstand-kassel.de ■